

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Thermokon Sensortechnik GmbH (AGB)

§ 1 Geltung der Bedingungen

Für sämtliche Vertragsbeziehungen zwischen der Firma Thermokon Sensortechnik GmbH (nachfolgend „Hersteller“) und dem Besteller gelten ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Diese gelten auch für alle künftigen Geschäftsbeziehungen, auch wenn sie nicht nochmals ausdrücklich vereinbart werden. Spätestens mit der Entgegennahme der Ware oder Leistung gelten diese Bedingungen als angenommen. Entgegenstehende oder von den AGB des Herstellers abweichende Bedingungen des Bestellers werden nicht anerkannt, es sei denn, der Hersteller hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Die AGB des Herstellers gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen AGB abweichender Bedingungen des Bestellers die Lieferung an den Besteller vorbehaltlos ausführt. Alle Vereinbarungen, die zwischen dem Hersteller und dem Besteller getroffen werden, sind schriftlich niederzulegen.

§ 2 Angebot und Vertragsschluss

Die Angebote des Herstellers sind freibleibend und unverbindlich. Ist die Bestellung als Angebot gemäß § 145 BGB zu qualifizieren, so kann der Hersteller das Angebot innerhalb von 2 Wochen annehmen. Annahmeerklärungen, sämtliche Bestellungen und sonstige mündliche Vereinbarungen bedürfen zur Rechtswirksamkeit der schriftlichen oder fernschriftlichen Bestätigung des Herstellers. Bestellungen des Bestellers sind für ihn bindende Angebote.

Zeichnungen, Abbildungen, Maße, Gewichte oder sonstige Leistungsdaten sind nur verbindlich, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wird.

§ 3 Preise

Die Preise des Herstellers verstehen sich, falls nicht anders vereinbart, ab Lager ausschließlich Verpackung. Die gesetzliche Umsatzsteuer ist in den Preisen nicht eingeschlossen; sie wird in gesetzlicher Höhe am Tag der Rechnungsstellung in der Rechnung gesondert ausgewiesen. Zusätzliche Lieferungen oder Leistungen werden gesondert berechnet.

§ 4 Liefer- und Leistungszeit

Liefertermine oder -fristen bzw. Leistungstermine oder -fristen, die verbindlich oder unverbindlich vereinbart werden können, bedürfen der Schriftform.

Wird die Lieferung oder Leistung durch Umstände, die der Hersteller nicht zu vertreten hat, insbesondere beispielsweise durch Vorkommnisse höherer Gewalt, wie Verkehrsstörungen, Streik, Brand, Wasserschäden, Stromsperrungen, Betriebsstörungen, behördliche Maßnahmen, Aussperrung, Materialmangel oder anderer unabwendbarer Ereignisse - auch wenn sie bei Lieferanten des Herstellers oder deren Unterlieferanten eintreten - ganz oder teilweise verzögert, so ist der Hersteller auch bei verbindlich vereinbarten Fristen und Terminen berechtigt, die Lieferfrist um die Dauer der Behinderung zuzüglich einer angemessenen Anlaufzeit zu verlängern oder wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

Wenn die Behinderung länger als drei Monate dauert, ist der Besteller nach angemessener Nachfristsetzung berechtigt, hinsichtlich des noch nicht erfüllten Teils vom Vertrag zurückzutreten. Verlängert sich die Lieferzeit oder wird der Hersteller von seiner Verpflichtung frei, so kann der Besteller hieraus keine Schadensersatzansprüche herleiten.

Sofern der Hersteller die Nichteinhaltung verbindlich zugesagter Fristen und Termine zu vertreten hat oder sich in Verzug befindet, hat der Besteller Anspruch auf eine Verzugsentschädigung in Höhe von 0,5% für jede vollendete Woche des Verzuges, insgesamt jedoch höchstens bis zu 5% des Rechnungswertes der vom Verzug betroffenen Lieferungen und Leistungen. Darüber hinausgehende Ansprüche sind ausgeschlossen, es sei denn, der Verzug beruht auf zumindest grober Fahrlässigkeit des Herstellers.

Der Hersteller ist zu Teillieferungen und Teilleistungen jederzeit berechtigt.

Die Einhaltung der Liefer- und Leistungsverpflichtungen des Herstellers setzt die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen des Bestellers voraus. Kommt der Besteller in Annahmeverzug, so ist der Hersteller berechtigt, Ersatz des ihm entstehenden Schadens zu verlangen; mit Eintritt des Annahmeverzugs geht die Gefahr der zufälligen Verschlechterung und des zufälligen Untergangs auf den Besteller über.

§ 5 Auftragsstornierung, Auftragsänderung

In allen Fällen, in denen es durch ein Verschulden des Bestellers nicht zur Fertigstellung oder Lieferung des Liefergegenstandes kommt, hat der Besteller die vereinbarte Vergütung zu entrichten. Das gleiche gilt, wenn der Besteller den Umfang des Auftrages nach Empfang der Auftragsbestätigung reduziert. Der Hersteller muss sich in diesem Fall jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er in diesem Fall an Aufwendungen erspart, durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.

Zusatzaufträge sowie Änderungen des Leistungsumfanges vor bzw. während der Herstellungsphase sind von dem Besteller gesondert zu erteilen. Änderungs- bzw. Zusatzaufträge sind in den Preisangaben der Auftragsbestätigung bzw. des Angebotes seitens des Herstellers nicht enthalten und besonders zu vergüten. Als Zusatzleistungen in diesem Sinne gelten insbesondere diejenigen Leistungen, die zur Anpassung des Liefergegenstandes entgegen der Spezifikation und den

Vorgaben der Arbeitsgrundlage des Bestellers durchgeführt werden sollen bzw. müssen.

§ 6 Schutzrechte

Ist der Hersteller verpflichtet, den Liefergegenstand nach Vorgaben des Bestellers (Zeichnungen, Modelle, Muster, Skizzen, etc.) zu liefern, so steht der Besteller dafür ein, dass Schutzrechte Dritter hierdurch nicht verletzt werden. Im Falle der schuldhaften Pflichtverletzung ist der Besteller verpflichtet, den Hersteller von etwaigen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen.

§ 7 Gefährübergang

Die Gefahr des Verlustes oder der Beschädigung des Liefergegenstandes geht auf den Besteller über, sobald die Abnahme des Werkes erfolgt ist bzw. sobald die Sendung an die den Transport ausführende Person übergeben worden ist oder zwecks Versendung das Lager des Herstellers verlassen hat. Die Gefahr geht mit der Meldung der Versandbereitschaft durch den Hersteller auf den Besteller über. Nach Gefährübergang trägt der Besteller die Gefahr für jede Art des Verlustes oder der Beschädigung des Liefergegenstandes oder des Werkes.

§ 8 Gewährleistung

Die Gewährleistungsfrist für Sach- und Rechtsmängel beträgt 12 Monate und beginnt mit Gefährübergang. Die Veräußerung gebrauchter Sachen erfolgt unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung.

Der Besteller übernimmt in Bezug auf alle Lieferungen und Leistungen des Herstellers eine Untersuchungs- und Rügepflicht nach § 377 HGB. Bei Abschluss eines Werkvertrages findet § 377 HGB analoge Anwendung. Der Besteller hat nach Gefährübergang bzw. Abnahme des Produktes dieses unverzüglich auf seine Funktionsfähigkeit zu untersuchen und festgestellte Mängel sowie verdeckte Mängel nach deren Entdeckung dem Hersteller unverzüglich, spätestens innerhalb einer Frist von 7 Tagen, schriftlich in nachvollziehbarer Form anzuzeigen. Der Besteller ist verpflichtet, dem Hersteller sämtliche Informationen und nachprüfbare Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Mangelfeststellung erforderlich sind. Kann bei einer Überprüfung durch den Hersteller der Mangel nicht festgestellt werden, so trägt der Besteller die Kosten der Prüfung.

Im Fall des Vorliegens eines Mangels ist der Hersteller berechtigt, nach seiner Wahl zunächst den dreimaligen Versuch der Nachbesserung oder Neulieferung (Nacherfüllung) zu unternehmen. Sofern die Nacherfüllung scheitert, bleiben dem Besteller nach Fristsetzung seine Rechte aus § 437 Ziffer 2 und 3 BGB vorbehalten. Die Fristsetzung hat schriftlich zu erfolgen; die Frist muss mindestens 14 Werktag betragen. Im Fall der Mangelbeseitigung ist der Hersteller verpflichtet, alle zum Zweck der Mangelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen, soweit sich diese nicht dadurch erhöhen, dass die Leistung bzw. das Produkt nach einem anderen Ort als dem Erfüllungsort verbracht wurde.

Steht dem Besteller ein gesetzliches Rücktrittsrecht zu, so entfällt die Pflicht zum Wertersatz nach § 346 Abs. 3 Ziffer 3 BGB nur, wenn der Besteller die Sorgfalt eines gewissenhaften Geschäftsmannes beachtet hat.

Das Recht des Herstellers zur Nacherfüllung entfällt erst mit Leistung des Schadensersatzes, selbst wenn der Besteller es zuvor bereits verlangt hat.

Werden Betriebs- oder Wartungsanweisungen des Herstellers nicht befolgt, Änderungen an den Produkten vorgenommen, Teile ausgewechselt oder Verbrauchsmaterialien verwendet, die nicht den Originalspezifikationen entsprechen, so entfällt jede Gewährleistung, wenn der Besteller eine entsprechende substantiierte Behauptung, dass erst einer dieser Umstände den Mangel herbeigeführt hat, nicht widerlegt.

§ 9 Eigentumsvorbehalt

Der Hersteller behält sich das Eigentum an dem Liefergegenstand bis zum Eingang aller Zahlungen aus der Geschäftsverbindung mit dem Besteller vor. Bei vertragswidrigem Verhalten des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Hersteller berechtigt, die Rücknahme des Liefergegenstandes zu verlangen. In der Rücknahme liegt ein Rücktritt vom Vertrag. Der Hersteller ist nach Rücknahme zur Verwertung befugt, der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeiten des Bestellers - abzüglich angemessener Verwertungskosten - anzurechnen.

Der Besteller ist berechtigt, den Liefergegenstand im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu verkaufen; er tritt dem Hersteller jedoch bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Fakturaendbetrages (einschließlich MWSt.) seiner Forderung ab, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob der Liefergegenstand ohne oder nach Verarbeitung weiter verkauft worden ist. Der Hersteller ermächtigt den Besteller widerruflich, die an den Hersteller abgetretenen Forderungen für dessen Rechnung im eigenen Namen einzuziehen. Diese Einziehungsermächtigung kann nur widerrufen werden, wenn der Besteller seinen Zahlungsverpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt.

Die Verarbeitung oder Umbildung der Kaufsache durch den Besteller wird stets für den Hersteller vorgenommen. Wird der Liefergegenstand mit anderen, dem Hersteller nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt der Hersteller das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Liefergegenstand (Fakturaendbetrag, einschließlich MWSt.) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch

Verarbeitung entstehende Sache gilt im Übrigen das gleiche wie für die unter Vorbehalt gelieferte Sache. Wird der Liefergegenstand mit anderen, dem Hersteller nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, erwirbt der Hersteller Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes des Liefergegenstandes (Fakturaendbetrag, einschließlich MWSt.) zu den anderen vermischten Gegenständen im Zeitpunkt der Vermischung.

Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Bestellers als Hauptsache anzusehen ist, gilt als vereinbart, dass der Besteller das anteilmäßige Miteigentum an der neuen Sache auf den Hersteller überträgt. Das Allein- oder Miteigentum verwaht der Besteller für uns unentgeltlich. Der Besteller tritt dem Hersteller zur Sicherung auch die Forderungen ab, die ihm durch die Verbindung des Liefergegenstandes mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen.

Der Hersteller verpflichtet sich, die ihm zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Bestellers insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert seiner Sicherheiten die zu sichernden Forderungen (einschließlich sämtlicher Saldoforderungen aus Kontokorrent), die dem Hersteller aus jedem Rechtsgrund gegen den Besteller jetzt oder künftig zustehen, um mehr als 10% übersteigt; die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt dem Hersteller.

Bei Zugriffen Dritter auf die Vorbehaltsware, insbesondere Pfändungen, wird der Besteller auf das Eigentum des Herstellers hinweisen und diesen unverzüglich benachrichtigen, damit der Hersteller seine Eigentumsrechte durchsetzen kann. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Hersteller die in diesem Zusammenhang entstehenden gerichtlichen oder außergerichtlichen Kosten zu erstatten, haftet hierfür der Besteller.

§ 10 Zahlung

Die Rechnungen des Herstellers sind sofort fällig.

Im Falle einer Lieferung ins Ausland ist der Hersteller berechtigt, von dem Besteller zum Zwecke der Besicherung seiner Zahlungsansprüche die Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft einer Großbank unter Zugrundelegung des Rechts der Bundesrepublik Deutschland in Höhe des Bestellwertes des Liefergegenstandes zu verlangen.

Gerät der Besteller in Zahlungsverzug, so ist der Hersteller berechtigt, ab dem betreffenden Zeitpunkt Zinsen in Höhe von 10 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank als Schadensersatz zu verlangen. Die Zinsen sind dann niedriger anzusetzen, wenn der Besteller eine geringere Belastung nachweist; der Nachweis eines höheren Schadens durch den Hersteller ist zulässig. Kommt der Besteller seiner Zahlungspflicht aufgrund dieser Vereinbarung nicht innerhalb von einer Kalenderwoche nach, ist der Hersteller berechtigt, die Weiterarbeit einzustellen. Dadurch bedingte Verzögerungen sind in Vertragsstrafevereinbarungen nicht einzurechnen.

Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte stehen dem Besteller nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Hersteller anerkannt sind. Außerdem ist der Besteller zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

§ 11 Haftungsbeschränkung

Schadensersatzansprüche -gleich aus welchem Rechtsgrund- sind sowohl gegen den Hersteller als auch gegen dessen Erfüllungs- bzw. Verrichtungsgehilfen ausgeschlossen, soweit nicht vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln vorliegt. Soweit dem Hersteller keine vorsätzliche Vertragsverletzung angelastet wird, ist die Schadensersatzhaftung auf den vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden begrenzt.

In jedem Fall bleiben unberührt eine Haftung des Herstellers für Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit, eine Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz und sonstige Ansprüche aus Produzentenhaftung sowie bei Übernahme einer Garantie durch den Hersteller. Beruft sich der Besteller auf die Übernahme einer Garantie, so trägt er für das Vorliegen eines Garantiefalles die Beweislast. Unberührt bleibt ebenfalls eine Haftung des Herstellers für die schuldhaft Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht, einer sog. Kardinalspflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages ermöglicht; in diesem Fall ist aber die Schadensersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt.

§ 12 Abtretung, anwendbares Recht, Gerichtsstand, Erfüllungsort, Sonstiges

Der Hersteller ist berechtigt, seine Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzutreten.

Für diese Geschäftsbedingungen und die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen Hersteller und Besteller gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).

Soweit der Besteller Vollkaufmann i. S. des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ist der Sitz des Herstellers ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten.

Der Geschäftssitz des Herstellers ist der Erfüllungsort. Sollte eine Bestimmung in diesen Geschäftsbedingungen oder eine Bestimmung im Rahmen sonstiger Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit aller sonstigen Bestimmungen oder Vereinbarungen nicht berührt.

General Terms and Conditions of Thermokon Sensortechnik GmbH (AGB)

§ 1 Validity of Terms and Conditions

For any contractual relationships between the company Thermokon Sensortechnik GmbH (following referred to as "Manufacturer") and the buyer the general terms and conditions described in the following are solely valid. They are also valid for all future business relationships, even if they are not agreed on again formally. With the acceptance of the goods or services, our terms are considered as accepted, at the latest. Contradictory or other terms differing from the general terms and conditions of the manufacturer are not accepted, unless the manufacturer has agreed on the validity of the same formally in writing. The conditions of the manufacturer are also valid in the case he executes the order of the buyer without reservations, although he knows contradictory terms or conditions differing from his own ones. All agreements made between the manufacturer and the buyer must be set down in writing.

§ 2 Quotations and Conclusion of Contract

The quotations of the manufacturer are without engagement and without obligation. If the order is to be qualified as an offer according to § 145 BGB, the manufacturer can accept the order within 2 weeks. Declaration of acceptance, any orders and other oral agreements require a written or faxed acknowledgement of the manufacturer for legal effect. Purchase orders of the purchaser are binding quotations for him. Drawings, pictures, dimensions, weights or other performance data are only binding when agreed on the same formally in writing.

§ 3 Prices

The prices of the manufacturer have to be understood ex works excluding package, unless otherwise agreed. The legal sales tax is not included in the prices. The tax is shown in the invoice as a separate position in the lawful amount. Additional supplies or services are not invoiced separately.

§ 4 Terms of Delivery and Delivery Time

Delivery dates or times respectively service dates or times, which can be agreed with or without obligation, must be set down in writing. If the goods or service are fully or partly delayed by circumstances, which are not due to the manufacturer, for example acts of God, such as traffic hold-ups, strikes, fire, water damage, power cut, disruptions of operation, official measures, lockouts, shortage of material or other inevitable events – even if they arise with suppliers of the manufacturer or their sub-contractors – the manufacturer is entitled to prolong the delivery period by the period of the interferences plus a reasonable start-up time or to fully or partly withdraw from the contract due to the unfulfilled part. If the obstruction takes more than 3 months, the purchaser is entitled after a reasonable period of grace, to withdraw from the contract with regard to the unfulfilled part. If the delivery period is prolonged or if the manufacturer is getting free from his obligation, the buyer cannot rise any claims for damages. If the manufacturer is liable for the breach of condition with regard to bindingly acknowledged dates and periods or defaults, the buyer has the claim to default compensation of 0,5% for each default week completed, however, only up to 5% of the invoice value of the goods and services which are affected by the default. Claims beyond are excluded, unless the default is due to gross negligence of the manufacturer. The manufacturer is at any time authorized to make partial deliveries or services. The compliance with the delivery of goods and service obligations of the manufacturer requires the timely and duly performance of the obligations of the buyer. If the buyer comes into a default of acceptance, the manufacturer is entitled to demand damages for the loss suffered. With the occurrence of the default of acceptance, the risk of a coincidental deterioration and the accidental decline is transferred to the buyer.

§ 5 Order Cancellation and Order Changes

In all cases, in which the completion of the order cannot be realized or in which the completion of the goods to be supplied cannot be made due to the fault of the buyer, the buyer has to pay the compensation agreed on. The same is to say, if the buyer reduces the volume of the order after having received the order acknowledgement. However, in that case the manufacturer must accept the charging of what he had saved of efforts in that case, what he earned by means of another use of his manpower or what he maliciously fails to earn. Additional orders such as changes of the scope of goods and services before respectively during the production phase must be placed by the buyer separately. Order changes respectively additional orders are not included in the order acknowledgement respectively in the quotation of the manufacturer and are to be paid specially. As an additional demand in this sense, specially those performances are understood, which should respectively must be effected for the adaptation of the goods to be supplied contrary to the specifications and instructions of the working base of the buyer.

§ 6 Property Right

If the manufacturer is obliged to supply the goods ordered according to the specifications of the buyer (drawings, models, samples, outlines etc.), the buyer guarantees, that property rights of third parties won't be breached. In the case of a culpable breach of duty, the buyer is obliged to release the manufacturer from possible claims of third parties on first request.

§ 7 Transfer of Perils

The risk of loss or damage of a product supplied is transferred to the buyer, as soon as the acceptance of the items is made respectively as soon as the consignment has been handed over to the person guiding the transport or as soon as the consignment left the warehouse of the manufacturer for despatch. The risk is transferred to the purchaser when the manufacturer advises the readiness of shipment. After the transfer of perils, the buyer is responsible for any risk of loss or damage of the delivery items or the work.

§ 8 Guarantee

The period of warranty for material defects and defect of title amounts to 12 months and begins with the transfer of perils. The sale of used items is made excluding any warranty. With regard to all supplies and services, the purchaser takes over an inspection and reproof duty according to § 377 HGB. When concluding a contract of work, § 377 HGB has an analogue application. After transfer of perils respectively upon receipt of goods, the buyer has immediately to inspect the product to full functionality and has to announce found as well as hidden defects immediately after discovery to the manufacturer; he has to announce such defect in written in an understandable form within a period of 7 days at the latest. The buyer commits himself to place any information and verifiable documents, necessary for the finding of the defects, to the disposal of the manufacturer. If the defect cannot be found after examination by the manufacturer, the buyer has to take over the costs for the inspection.

In the case of a defect, the manufacturer is entitled to make three attempts for repair or new supply (re-fulfillment), according to his own choice. Unless the re-fulfillment fails, the rights of § 437 clause 2 and 3 BGB are reserved for the purchaser after an appointment of date. The appointment of date must be made in writing. The deadline must at least amount to 14 working days. In the case of the correction of faults, the manufacturer is obliged to take over all costs related to the correction of faults, specially transport, transit, working and material costs, unless these costs are not increased due to the fact, that the service or goods were not brought to another place than the place of fulfillment. If the purchase has a legal right to rescind from the contract, the right for compensation according to § 346 chapter 3 clause 3 BGB does not apply, provided the purchaser has observed the utmost care of a conscientious trader.

The right of the manufacturer for a re-fulfillment is only inapplicable when the claim for damages was effected, even if the buyer demanded for the same before.

If operation or maintenance instructions of the manufacturer are not followed, product changes are made, parts are replaced or consumable material is used, which does not correspond to the original specifications, any warranty claims are inapplicable, unless the buyer does not refute a corresponding justified contention, that one of these circumstances had lead to the damage in question.

§ 9 Retention of Title

The manufacturer reserves the property right of the delivery item until all payments related to this business connection with the buyer are received. Upon actions of the buyer contrary to the contract, above all in the case of delayed payments, the manufacturer is entitled to demand the return of the delivery item. Such a return is a withdrawal from the contract. After having taken back the delivery item, the manufacturer is entitled for further commercialization of the same. The commercialization proceeds have to be charged to the buyer's liability – reasonable commercialization costs deducted.

The buyer is entitled to sell the delivery item within a good business run. However, he already cedes all demands in the amount of the invoice amount (including value-added tax) of this demand to the manufacturer of this point of time, arising from the resale against his buyers or third parties, regardless whether the delivery item was resold with or without processing. The manufacturer entitles the buyer revocably, to collect the demands ceded to the manufacturer for his invoice in his own name. The collection authorisation can only be withdrawn, if the buyer does not duly fulfill his payment obligations.

The processing or change of the delivery item by the buyer is always made for the manufacturer. If the delivery items is processed with other parts not belonging to the manufacturer, the manufacturer acquires the joint ownership of the new part in the relation of the value of the delivery item (invoice amount plus value-added tax) to the value of the remaining processed parts at the point of the processing. For the part produced by the processing, the same is to say as for the part supplied under reserve. If the delivery item is inseparably mixed with other items not belonging to the manufacturer, the manufacturer acquires the joint ownership of the new part in relation of the value of the delivery item (invoice value including value-added tax) to the other mixed items at the point of the mixing.

If the mixing is made in such a way, that the part of the buyer has to be considered as the main thing, it is understood as agreed, that the buyer transfers the proportional joint ownership of the new part to the manufacturer. The sole or the joint ownership is kept by the buyer for the manufacturer gratuitously. For safeguard the buyer cedes the demands to the manufacturer, which accrue from the connection of the delivery item with a plot against a third party.

On request of the buyer, the manufacturer is committed to release the safeties legally entitled to him in so far as the realized value of his safeties does not exceed the demands to be safed (including all balances from current account), which are entitled to the manufacturer from legal argument against the buyer now or in future by 10%. The selection of the safeties to be released are incumbent on the manufacturer.

Upon access of third parties to goods under reserve, above all garnishments, the buyer has to point out to the property of the manufacturer and has to notify him immediately, so to enable the manufacturer to assert his property rights. If the third party is not able to refund the juridical or extrajudicial costs conneted therewith, the byuer is liable for these costs.

§ 10 Payment

The invoices of the manufacturer are due immediately. In case of a delivery to foreign countries, the manufacturer is entitled to ask for a presentation of an unlimited, absolute guaranty surety of a major bank underlying the law of the Federal Republic of Germany in the amount of the order value of the delivery item for the safety purposes of his payment demands.

If the buyer gets into a default of payment, the manufacturer is entitled to claim interests at an amount of 10 percent over the respective basic interest rate of the European Central Bank for compensation from the corresponding point of time. The interests have to be set lower if the buyer proves a lower charge. The proof of a higher damage by the manufacturer is permitted. If the buyer does not fulfill his payment obligation due to this agreement within one calendar week, the manufacturer is entitled to stop working. Delays arised thereby are not allowed for contractual penalty agreements. Charging rights or rights of retention only apply to the buyer, when his counterclaims are legally binding, undisputed or approved by the manufacturer. Moreover, the manufacturer is entitled to exercise the right of retention as far as his counterclaim is based on the same contractual relationship.

§ 11 Limitation of Liability

Claims for damage – regardless of which legal ground they are based – both against the manufacturer or against his place of execution respectively performance assistance are excluded unless for willful or wantonly negligent action. As far as no willful violation of the contract can accused, the compensation liability is limited to the typical contractually and predictable damage. In any case, a liability of the manufacturer for damages of life, body or health, a liability according to the product liability law and other claims of manufacturer's liability or the acquisition of a guarantee by the manufacturer remain unaffected. If the buyer appoints to the acquisition of a guarantee, he bears the burden of proof. The liability of the manufacturer for a non-accidental violation of a contractual obligation, a so-called cardinal obligation, whichs fulfillment enables the duly execution of the contract, remains untouched as well. In that case, however, the compensation liability is limited to the predictable, typical damage.

§ 12 Assignment, Applicable Right, Jurisdiction, Place of Performance, Miscellaneous

The manufacturer is entitled to assign his demands from goods and services.

For these terms and conditions and the whole privity of contract between manufacturer and buyer, the right of the Federal Republic of Germany to the exclusion of the UN-purchase right (CISG) is valid.

As far as the buyer is merchant who has been entered as such in the commercial register in the meaning of the German Commercial Code (HGB), legal entity of the public law or separate estate subject to public law, the registered office of the manufacturer is exclusive jurisdiction for all indirect or direct disputes arising from the contractual relationship.

The registered office of the manufacturer is the place of performance.

If a condition of these terms and conditions or a condition in the scope of other agreements is or become invalid, the validity of all other terms and conditions or agreements remain unaffected.